

Die unterzeichnenden Bezirksräte der Fraktion "ÖVP & BÜRGERFORUM JOSEFSTADT" stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 06. Juli 2020 gem. § 24 GO BV folgenden

### **Antrag**

#### **BETREFF: VERHANDLUNGEN FÜR EINE NEUREGELUNG DER DEZENTRALISIERUNG ZWISCHEN STADT UND DEN BEZIRKEN**

Der Bürgermeister der Stadt Wien Dr. Michael Ludwig wird ersucht Neuverhandlungen für den Bereich Dezentralisierung und deren Finanzierung zwischen den Bezirken und der Stadt Wien einzuleiten, um ein neues, zeitgemäßes und modernes Regelwerk auszuarbeiten, das die Aufgaben und Verantwortlichkeiten zwischen der Stadt und ihren Bezirken neu ordnet und entsprechend festlegt.

#### **BEGRÜNDUNG:**

Die derzeitigen Regelungen und Finanzierungen der Dezentralisierung wurden vor ca. 25 Jahren zuletzt festgelegt und seitdem von Seiten der Stadtregierung ohne Einbindung der Bezirke immer wieder verändert. So wurden Verantwortlichkeiten und deren finanzielle Mittel für manche Bereiche den Bezirken teilweise oder gänzlich entzogen, gleichzeitig aber auch andere Aufgaben übertragen ohne dafür eine finanzielle Abgeltung in den Budgets zur Verfügung zu stellen. Auch haben sich die Anforderungen der Bezirke in Hinsicht der baulichen Veränderungen, der Bezirksentwicklung und auch der Einbindung der Bevölkerung stark verändert. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten sich eine wesentlich größere Einbindung in Projekte im Bezirk, mehr Möglichkeiten der direkten Beteiligung und auch Planung. Weiters tragen Bezirke mittlerweile auch finanziell mehr Verantwortung für Bereiche, die sich aus den Veränderungen der Gesellschaft ergeben haben und auch von der Bevölkerung erwartet werden. Budgetäre Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren stark verändert und erschweren den Bezirken zunehmend in Eigenverantwortung langjährige Planungen vorzunehmen um auch eine zeitgemäße Bezirksentwicklung zu ermöglichen.

Selbstverständlich benötigt eine moderne Stadtentwicklung auch eine gute Aufgabenteilung und Kommunikation zwischen der Stadt- und den Bezirksverwaltungen um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts in einer prosperierenden Millionenstadt wie Wien gewachsen zu sein. Daher wäre eine grundlegende Neuverhandlung der Dezentralisierung mit entsprechendem Regelwerk und Finanzierung geeignet, diesen Herausforderungen als Verwaltung entsprechend gewachsen zu sein.